



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi warnt vor Gefahr für die Demokratie

Olching, 07.01.2020

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi warnt nach den Krawallen von Anhängern des US-Präsidenten Donald Trump vor der Gefahr für die Demokratie, die von Rechtsradikalen, sog. Verschwörungstheoretikern und anderen kruden Kreisen ausgehen. „Bewusst falsche Behauptungen zu Wahlbetrug, Populismus und die Radikalisierung rechter Gruppen stellen eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie dar“, so Schrodi. „Die Folgen hiervon waren nicht nur am Mittwoch in Washington D.C. zu sehen.“

Die Vorfälle im und um das Kapitol in Washington seien erschreckend, doch man müsse nicht nach Amerika schauen, um solche und ähnliche Bilder zu sehen. Am 29. August hatten Demonstranten, darunter zahlreiche Rechtsradikale, die Treppen des Reichstages gestürmt und versucht sich Zutritt zum Bundestag zu verschaffen. Während der teils gewaltsamen Demonstrationen gegen das Infektionsschutzgesetz hatten Abgeordnete der AfD Rechtsradikale in das Reichstagsgebäude eingeschleust, die Abgeordnete einschüchtern und in ihrem Abstimmungsverhalten beeinflussen wollten. „Diese Angriffe auf Symbole der deutschen und der US-amerikanischen Demokratie zeigen die Verachtung, die diese Gruppen den demokratischen Werten unserer Gesellschaft entgegenbringen“, so der SPD-Abgeordnete.

„Wichtig für eine wehrhafte Demokratie ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Das Gift der Ungleichheit hat in Teilen der amerikanischen Bevölkerung das Vertrauen in die US-Demokratie zerstört“, so Schrodi. „Das beste Mittel gegen braune Rattenfänger ist eine starke, sozial gerechte Gesellschaft. Das gilt in den USA wie in der Bundesrepublik Deutschland.“